

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 42

Sonntag, den 15. Oktober 1922.

4. Jahrgang.

Verlagsgesellschaft „Lobzer Freie Presse“ u. b. G.
 Petrikauer Straße Nr. 28 Welschbunungen und
 Schriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftsteller:
 Albert Breyer, Igierz bei Lody.
 Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 1000 M. vierteljährlich
 (Deutschland R. M. 80.— Anzeigenpreis: für die sechs-
 gespaltene Kleinzeile R. 10.—, für Deutschland R. 10.—

Hier ist meine Heimat.

Wo ist deine Heimat? Dies möchte ich fragen,
 Vielleicht kannst du mir darauf die Antwort jetzt sagen?
 Ist sie drüben in einer fremden Stadt,
 Die fremde Häuser und Straßen hat?
 Wo niemand dich kennt, wo du bist allein,
 Kann denn dort wirklich die Heimat dir sein? —
 Oder ist sie hier, wo du bist geboren,
 Wo du deine teuren Eltern verloren?
 Wo die Gräber der Deinen, von Gittern umgeben,
 Ein Plätzchen dir ließen, wenn aus ist dein Leben?
 Wo der Altar steht, an den man gebracht
 Zur Taufe dich, als du zum Leben erwacht.
 Wo du konfirmiert, an dem du getraut,
 Erinnere dich dron und rufe dann laut:
 „Hier ist meine Heimat, hier gehöre ich hin,
 Hier will ich sterben, allwo geboren ich bin!“

Gewiß ist es schwer, wenn die fremden Zungen
 Zu verstehen, uns leider noch nimmer gelungen,
 Wenn feltner das vertraute, das deutsche Wort
 Wir hören in unserem Heimatort.
 Doch du hast deine Sprache, sie bleibet dein;
 Sie wird dir auch nimmer verloren sein.
 Du kannst mit ihr fühlen, kannst in ihr denken,
 Sie wird dir viel Liebes und Gutes schenken.
 Wer die Heimat liebet so sehr wie sein Leben,
 Wird auf sie so leichtes Kaufes nicht geben,
 Er will hier leben, kann um sie leiden,
 Wird nicht die Deutschen da drüben beneiden.
 Das Vaterland ruht in der eigenen Brust,
 Jetzt fühl' ich, was früher ich nicht hab' gewußt:
 „Hier ist meine Heimat, hier gehöre ich hin,
 Hier will ich sterben, wo geboren ich bin!“

Hedwig Weber.

kunst ab. Und besonders schwerwiegend wird das
 Ergebnis für uns Deutsche Polens sein, wenn wir
 wie die törichten Jungfrauen die rechte Zeit ver-
 schlafen. Der Ernst der Lage fordert darum von
 uns verschärfte Aufmerksamkeit, verdoppelte Tat-
 kraft und ein bewußtes Streben. Niemand darf
 sagen, auf mich kommt es nicht an, andere wer-
 den die Sache schon machen. Nein gerade auf
 dich hier, auf jenen dort legt man die größte Hoff-
 nung. Der Wahlkampf ist ein schwerer, bitter-
 ernster Kampf. Und wie in der Schlacht es auf
 die Tapferkeit, den Mut und die Ausdauer eines
 jeden Soldaten ankommt, also auch hier. Wer
 nicht seinen Mann steht am Wahltag, wem per-
 sönliche Geschäfte höher gehen als das Wohl der
 Allgemeinheit, als die Zukunft seines deutschen
 Volkspalters hierzulande, wer womöglich aus Be-
 quemlichkeit und Lässigkeit nicht nach dem Wahl-
 lokal hingehet und seinen Stimmzettel abgibt —
 der übt schändlichen Verrat an seinen Brüdern, an
 seiner Sprache.

Eine tödliche Krankheit könnte nur als Ent-
 schuldigung dienen, sonst nichts. Die Launen des
 Wetters, die Grillen der Hausgenossen sind zu
 nichtig, als daß man sie ernst in Erwägung ziehen
 könnte.

Es fehle ja keiner der deutschen Wähler am
 Tage, wo für ganze fünf Jahre sich das Schicksal
 des Heimatlandes entscheidet, wo wir Verfechter
 unserer deutschen Sache, Beschützer der deutschen
 Schulen und Gemeinden in den Sejm entsenden
 werden! Wird es uns nachträglich schlecht gehen,
 wird man uns eine nach der anderen der deut-
 schen Schulen schließen, so müssen wir einzig bei
 uns die Schuld suchen, warum man uns entrecht-
 et, weshalb man unsere Kulturgüter uns nimmt.

Es ist höchste Zeit, daß ein jeder sich darüber
 klare Rechenschaft abgibt, was alles bei den Sejm
 wahlen auf dem Spiele steht, was für üble, ver-
 hängnisvolle folgen eine frevelhafte Nachlässigkeit
 ein Versäumen der Wahlpflicht nachschleichen
 kann.

Mit Spannung wird die ganze Welt den Aus-
 gang des Wahlkampfes in Polen verfolgen. Der
 Sieg des Minderheitenblocks, der bei ungünstigen
 Verhältnissen mindestens 60 Abgeordnetenstimme uns
 erbringen wird, soll die Bedeutung der Minder-
 heitenfrage in Polen ins rechte Licht rücken. Vor
 der ganzen zivilisierten Welt werden die Minder-
 heiten ein Examen ihrer staatsbürgerlichen Reife
 ablegen, werden beweisen, daß sie da sind, daß
 man ihren kulturellen Bedürfnissen, will man von
 einem Rechtszustand sprechen, will man sie als
 freie Bürger eines freien Staates betrachten, Rech-
 nung tragen muß. Diesen großen sittlichen
 Sieg müssen alle Minderheiten Polens unbedingt,

wenn auch nach schwerem und langem Kampfe,
 mutig ausfechten.

Uns Deutschen können mindestens etwa 15
 bis 20 Sitze im Sejm anheimfallen. „Ausgezeich-
 net!“ wird gar mancher ausrufen. Gewiß, jedoch
 nur in dem Falle, wenn alle wie ein Mann zur
 Wahlurne schreiten, wenn niemand versäumt, seine
 Pflicht zu tun. Insbesondere die deutschen Frauen
 und Jungfrauen müssen die Angelegenheit der
 Wahlen sich zu Herzen nehmen. Auf ihre Stim-
 men bauen die deutschen Vertreter im Minderhei-
 tenblock ganz fest. Möge doch diese Hoffnung ja
 keinen Schiffbruch erleiden. Vollzählig soll jung
 und alt am Wahltag ihre Pflicht und Schuldig-
 keit tun. Es geht um unser aller leibliches und
 geistiges Wohl.

Darum, wer sein Volk liebt, wer seinem Glauben
 die Treue halten will, wer in der polnischen
 Heimat wurzelt und deren Glück wünscht, der muß
 entschieden und mit vollem Bewußtsein stimmen
 und zwar — für den Minderheitenblock.
 Der Sieg des Blocks gibt ihm einzig und allein
 die Gewähr, daß uns die deutsche Sprache in
 Kirche und Schule unangetastet bleibt, daß
 unser deutsches Vereinswesen sich ungehemmt er-
 freulich entwickeln kann.

Wer von uns Deutschen in Polen will nun
 bei derartig verantwortlichem Stand der Dinge
 nicht in den Wahlkampf gehen, wer will nicht
 wählen?

Wir müssen wählen!

A. Breyer.

Die deutsche Vorwahlbewegung.

Das Generalsekretariat des Deutschen Zentral-
 wahlkomitees schreibt uns:

Das gemischte Bezirkswahlkomitee des Minder-
 heitenblocks für den Wahlkreis Lody-Stadt hat
 Herrn Wilhelm Rudolf Jandrych zum Bevoll-
 mächtigten der Senatskandidatenliste für die Be-
 zirkswahlkomitee des Wahlkreises Lody-Land
 zu dessen Stellvertreter ernannt. Bevollmächtigter
 für die Sejmankandidatenliste der Stadt Lody ist
 Herr Josef Hellmann, sein Stellvertreter
 Herr Wilhelm Rudolf Jandrych. Das gemischte
 Bezirkswahlkomitee des Wahlkreises Lody-Land
 ernannte Herrn Ing. Alexander Ruffal zum
 Bevollmächtigten und Herrn Alexander Bengsch
 zu dessen Stellvertreter. Die Herren Wilhelm
 Rudolf Jandrych, Alexander Bengsch und
 Josef Hellmann reichten ihre Kandidatenlisten
 gestern um 10 Uhr vormittags den entsprechen-
 den Bezirkswahlkommissionen ein und gaben eine
 Erklärung ab, daß sie die Bezirkslisten an die
 Staatsliste des Minderheitenblocks Nr. 16 an-

Warum müssen wir wählen?

Diese Frage wurde in den Spalten unserer
 Wochenschrift einer eingehenden Besprechung ge-
 würdigt. Immer wieder wiesen wir unsere Volks-
 genossen auf die für uns so wichtige Angelegen-
 heit hin. Heute stehen die Wahlen vor der Tür.
 Der Wahlkampf ist allerorten entbrannt. Die Vor-
 wahlarbeit der verschiedensten politischen Parteien
 zieht immer weitere Kreise. In der Hütte des
 Landmanns, in die Wohnungen des Arbeiters, in
 die Fabrik- und Handelsräume, in die Eisenbahn-
 abteilungen — überall ist die Angelegenheit der
 Sejmwahlen eingedrungen, überall wird gesprochen,
 erwogen und — gezankt.

Weshalb schenken die Menschen den kom-
 menden Wahlen so viel Aufmerksamkeit und Zeit?
 Wozu die beinahe fieberhaften Vorbereitungen der
 Wählermassen? In tausend und abertausend
 Exemplaren werden Flugschriften gedruckt, Bekannt-
 machungen ausgeklebt, ja man gründet eigens für
 die Wahlzeit besondere Wahlzeitungen. Sind die
 Wahlen von so ausschlaggebender Wichtigkeit?

Nur ein Blinder kann die furchtbar ernste Be-
 deutung der Wahlsache nicht sehen oder ein geistig
 stumpfer und begrenzter Kopf. Vom Ausgang
 der Wahlen hängt voll und ganz unser aller Zu-

schließen. Die eingereichten Listen enthalten folgende Namen:

Sejm-Kandidaten der Stadt Lodz:

1. Dr. Georg Rosenblatt, Arzt,
2. Arthur Kronig, Redakteur,
3. Uscher Israel Mendelsohn, Sejmabgeordneter,
4. Schulin Staler, Industrieller
5. Adolf Steigert, Industrieller,
6. Abram Lewinson, Journalist,
7. Ludwig Kut, Druckerleiter.
8. Gerson Praszler, Ingenieur,
9. Emil Timm, Kaufmann,
10. Salo Freilich, Kaufmann,
11. Oskar Seidler, Weber,
12. Ludwig Weiß, Angestellter,
13. Emil Kuniger, Oberlehrer,
14. Jakob Rosenberg, Kaufmann.

Sejm-Kandidaten des Wahlkreises Lodz, Land.

1. August Uita, Lehrer, Lodz,
2. Moschel Esch Hellmann, Kaufmann, Lodz.
3. Arthur Berndt, Hausbesitzer, Gierz,
4. Dr. Josef Schwarzwasser, Arzt, Pabianice,
5. Adolf Drems, Lehrer, Pabianice
6. Lejzor Sirkis, Industrieller, Gierz,
7. Gustav Stamm, Webmeister, Konstantynow,
8. Syja Karnowski, Kaufmann, Alexandrow,
9. Emil Brochowski, Buchhalter, Alexandrow,
10. Zacharias Reichbart, Kaufmann, Wasl,
11. Gustav Schendel, Landwirt, Babiczki,
12. Lejzor Oppenheim, Kaufmann, Sieradz.

Senatskandidaten der Woiwodschaft Lodz

1. Karl Stalbi, Industrieller, Lodz,
2. Markus Braube, Rabbiner, Lodz,
3. Dr. Edward Behrens, Verlagsdirektor, Lodz,
4. Aron Schlama Königsberg, Stadtverordneter, Lodz,
5. Ludwig Wolff, Oberlehrer, Lodz,
6. Siegmund Bromberg, Gymnasialdirektor, Lodz,
7. Alexio Drowing, Redakteur, Lodz,
8. Adolf Jule, Kaufmann, Lodz,
9. Josef Spidermann, Sejmabgeordneter, Lodz (zurückgetreten)
10. Jakob Steinmann, Kaufmann, Tomaszow,
11. Ferdinand Swatek, Industrieller, Gierz,
12. Mertha Marchem, Angestellter, Lodz,
13. Adolf Steigert, Industrieller, Lodz,
14. Uscher Schmarc, Hausbesitzer, Gierz,
15. Dr. Max Krusche, Industrieller, Pabianice,
16. Wolf Silberstein, Kaufmann, Lodz.

Die Bezirkskandidatenliste des Minderheitenblocks im Wahlkreise 12 (Gierz, Sieradz, Kawa, Grojec) enthält nachstehende Namen:

1. Rischbraun Elias, Stadtverordneter, Warschau,
2. Farsstein Syja, Sejmabgeordneter, Warschau,
3. Schapiro Majer, Rabbiner, Sanol,
4. Schmidt, Johana Otto, Lechnaer, Byradow,
5. Mat Boruch, Handwerker, Warschau,
6. Witt Josef, Landwirt, Byradow,
7. Eisenstadt Henach, Kaufmann, Lomza,
8. Wislitz Ferdinand, Landwirt, Kawa,
9. Lewin Eliaz, Fabrikant, Warschau,
10. Rubin, Rudolf, Beamter, Byradow.

Die Organisationsarbeit im Wahlkreise 12 geht sehr gut vonstatten. Sie wird vom Bezirkswahlkomitee in Byradow geleitet. Ganz besondere Anerkennung verdient die rastlose Arbeit des

Deutsche Wähler!

Merkt Euch schon heute 16. die Nummer Eurer Liste:

Herrn Johann Otto Schmidt, der sämtliche Drischschaften mit deutscher Bevölkerung bereist und die Wahlaktion dortselbst organisiert. Außer ihm haben sich noch einige tüchtige Männer gefunden, die mit großem Eifer für die gute Sache arbeiten. Die deutschen Dörfer um Bloole herum bearbeitet der Besitzer des Elektrizitätswerks Herr Witte. Er hält die Verbindung zwischen allen Dörfern im Kreise aufrecht. In Josefow und Koszajec wird die Wahlaktion von den Herren Lehrer Alexander Beutler und Landwirt Susdorf geleitet. In Koszajec wohnen meistens kleine Landwirte, die es sich jedoch nicht nehmen lassen, auch ihr Teil beizutragen. Die Begeisterung geht dort sogar soweit, daß nicht nur die Witte, sondern auch die Knechte namhafte Beträge für die Wahlbewegung spenden. In Wislitz ist der dortige Kantor eifrig am Werk. Auch Alt-Wislitz und Babiczki-Budy werde tüchtig bearbeitet. Das letztere Dorf ist durch den Krieg zerstört worden; die Leute haben fast kein Dach über dem Haupte, dennoch aber sind sie gern bereit, ihr möglichstes für die Wahlbewegung zu tun. (Ein nachahmenswertes Beispiel! Die Schriftleitung.) In Alexandrow haben die Landwirte selbst Spenden gesammelt. Dasselbst ist auch Herr Witt mit großem Eifer tätig. In Mauerow hat Herr Kirchenvorsteher Kreter die Organisation in seine Hände genommen. In Wargan im Kreise Grojec findet heute eine Wahlversammlung statt, auf der Herr Schmidt aus Byradow sprechen wird. Von dort begibt sich Herr Schmidt nach Watrazjem und Donstl. Am 16. d. M. findet in Josefow eine Wahlversammlung statt.

Nach der Sitzung des Zentralwahlkomitees des Minderheitenblocks in Warschau, die der Kontrolle der Vereinbarungen gewidmet war, begab sich Herr Ing. Emil Ferbe am 5. d. M. nach Bloole, um dort die Bezirkskandidatenliste gemeinsam mit den Juden einzureichen. Der mangelhaften Bahnverbindung wegen ist der Wahlkreis Bloole von Lodz aus am schwierigsten zu erreichen und zu bearbeiten. In den Städten Sierpc und Rypin sind deutsche Wahlkomitees vorhanden. Dagegen war es nicht möglich, in Bloole ein deutsches Wahlkomitee zu gründen, weil dort zu wenig Deutsche anständig sind. Das jüdische Komitee in Bloole besteht aus Vertretern aller vier Richtungen, und zwar Zionisten, Orthodoxen, Assimilanten und Folkisten. Um sämtliche jüdische Stimmen auf die Liste des Minderheitenblocks zu vereinen, wurde im Einvernehmen mit den Deutschen aus Sierpc und Rypin der Abg. Partglas als Spitzenkandidat aufgestellt. Herr Partglas hat sich ehrenwörtlich verpflichtet, bei Durchführung eines Abgeordneten zugunsten des deutschen Kandidaten zurückzutreten. Herr Partglas figuriert bereits auf zwei Kandidatenlisten an höheren Stellen.

Am 27. v. M. fand in Kallisch eine deutsche Vorwahlversammlung statt. Anwesend waren gegen fünfzig Personen. Zum Leiter der Versammlung wurde Herr Wilhelm Bornakelt gewählt. Dieser berief zu Ratsägern die Herren: Ernst Wachner, Oskar Diesner und Adolf

Buppe. Herr Ernst Wachner berichtet über die Bildung des Minderheitenblocks und dessen Ziele. Redner hebt hervor, daß der Minderheitenblock nicht gegen den polnischen Staat und das polnische Volk gerichtet sei, wie chauvinistische Blätter des öfteren behaupten, sondern er soll einzig und allein zur Verteidigung der in der Verfassung vom 17. März 1921 den völkischen und religiösen Minderheiten zuerkannte Rechte dienen. Angesichts der verhältnismäßig geringen Beteiligung an der Versammlung wurde beschlossen, sich mit dem jüdischen Wahlkomitee in Verbindung zu setzen. Zu diesem Zweck wurden von der Versammlung folgende sieben Herren gewählt: Wilhelm Bornakelt, Speibauer, Oskar Diesner, Lehrer, Karl Hoffmann, Drucker, August Lach, Beamter, Adolf Buppe, Weber, Julius Scholl, Handwerker, Ernst Wachner, Kaufmann. Nachdem Herr Diesner die Versammlung mit den Instruktionen vom deutschen Zentralwahlkomitee in Lodz bekannt gemacht hatte, wurde folgender Beschluß gefaßt: Die am 27. September d. J. in Kallisch versammelten polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität erklären sich mit der Bildung des Minderheitenblocks einverstanden und versprechen, für denselben zu stimmen.

Die Spenden für den Wahlfonds des Minderheitenblocks betragen 101 000 Mark.

In Bloole fand am 1. Oktober im evangelischen Gemeindehause eine zahlreich besuchte Vorwahlversammlung statt, zu der die Vertrauensmänner aus dem ganzen Wahlbezirk erschienen waren. Nachdem der Vorsitzende die Wahltechnik, den Zweck und das Ziel der kommenden Wahlen erläutert und die Anwesenden zur Verbreitung des Gehörten und Bewegung eines jeden Deutschen zur Erfüllung seiner Pflicht, zur Abgabe seiner Stimme für den Minderheitenblock aufgefordert hatte, teilte er den Versammelten mit, daß die von den deutschen Wählern in allen drei Kreisen gewählten Wahlkomitees unter Beteiligung der Vertrauensmänner den Kantor und Lehrer zu Bloolewiel, Herrn Jakob Karau, als Sejm-Kandidat aufgestellt haben. Jetzt eines jeden ist es nun, Herrn Karau zu wählen, indem die Stimmen für die Liste des Minderheitenblocks Nr. 16 abgegeben werden. Herr Karau ergriff das Wort und dankte allen für das ihm geschenkte Vertrauen. Er forderte alle Anwesenden auf, für den Minderheitenblock zu stimmen, was auch versprochen wurde. Auf der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, die folgenden Kandidaten aus den anderen Kreisen aufzustellen, und zwar: Herrn Wilhelm Drung aus dem Lipnoer Kreise und Herrn Lange aus dem Nieszawaer Kreise, beides Landwirte, die auch gewählt wurden. Hiermit wurde die Versammlung geschlossen und die nächste für den 15. Oktober, d. i. nach 14 Tagen, anberaumt.

Der deutsche Wahlausschuß in Brzeziny entfaltet eine rege Tätigkeit. Im ganzen Kreise, außer Tomaszow, das seinen eigenen Wahlausschuß hat, sind Vertrauensmänner zur Durchsicht der Wählerlisten und Bornahme von Gelbsammlungen angestellt worden, die jeden Donnerstag zur Sitzung des Wahlausschusses in Brzeziny sich versammeln, um Bericht über ihre Tätigkeit zu erteilen und weitere Instruktionen in Empfang zu nehmen. In Brzeziny wurde ein namentliches Verzeichnis der deutschen und jüdischen Wähler (bis 2600 Stimmen) verfertigt, an Hand dessen von Haus zu Haus nachgeprüft wird, ob nicht jemand des Stimmrechts verlustig gegangen ist. Gegen 100 Stimmen sind schon gerechnet worden. Für jedes Wahllokal in der Stadt und in den 35 Dörfern sind für den Wahltag je 2 Vertrauensmänner gewählt worden.

Zu Beginn der diesjährigen Arbeit begegnet man auch vielen Aufstellungen; da hört man Worte, wie: „Und wenn ich das Geld finden sollte, so gebe ich für die Wahlen doch nichts“; „sie stopfen sich die Taschen voll“ oder „fahren spazieren für unser Geld“. Man möchte schier verzagen und irre werden in der guten Sache, welche man auf solche Niedertracht, Bosheit und solchen Unbau fähig.

Am Sonnabend, den 30. September, fand im Turnsaal in Konstantynow eine Wahlversammlung statt, an der im Auftrage des Zentralwahlkomitees die Herren Chefredakteur A. Drewing und Stadtverordneter A. Utta teilnahmen. Die Sitzung eröffnete der Vorsitzende des Wahlkomitees, Herr G. Stamm, worauf Herr Drewing das Wort ergriff. Er wies darauf hin, daß wir nicht gewöhnt sind, uns mit Politik zu beschäftigen, da wir unter zarischem Regime aufgewachsen sind. Heute besitzt Polen eine demokratische Staatsverfassung und jeder Bürger des Landes hat die Pflicht, sich mit Politik zu beschäftigen. Nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen. Wer es nicht tut, ist des Namens eines freien Bürgers nicht wert. Weiter wies der Redner auf die Entstehung und Notwendigkeit des Zusammenschlusses mit den Juden und Slawen zwecks Abwehr des uns durch die ungerechte Wahlordnung angetanen Unrechts hin. Das war der einzig mögliche Weg zur Wahrung unserer Rechte.

Stadtverordneter Utta wies darauf hin, daß uns die chauvinistischen polnischen Parteien zur Bildung des Minderheitenblocks gezwungen haben. Sie verbreiten die Lofung: „Polen muß rein sein“ und „Polen nur für die Polen“. Diese Lofungen widersprechen der Konstitution und den Interessen des Staates. Die Minderheiten sind einmal da und können nicht vernichtet werden. Jede Unterdrückung und Benachteiligung der Minderheiten bringt Polen nur einen schlechten Ruf im Auslande ein und untergräbt den Kredit und das Ansehen des Staates. Wir fordern, daß die volle Gleichberechtigung aller polnischer Bürger nicht nur auf dem Papier stehe, sondern in die Tat umgesetzt werde. Wenn die Polen, Deutschen, Juden, Ukrainer, Russen usw. friedlich und brüderlich neben einander leben, sich gegenseitig achten und unterstützen werden, dann wird unser Staat Ansehen, Achtung und Sympathie im Auslande genießen und gleich der Schweiz von Fremden mit Anerkennung und Hochachtung genannt werden. Indem wir also für unsere Rechte kämpfen, erweisen wir gleichzeitig unserem Staate gute Dienste. Nicht wir sind Schädlinge und Feinde unseres Staates, sondern unsere chauvinistischen engherzigen Gegner, die immer wieder den Kampf mit uns entfachen und die Ruhe stören.

Am Sonntag, den 1. Oktober, fand in Zgierz gleiche nach dem Gottesdienst eine Wahlversammlung statt. Man erwartete viele Zuhörer vom Lande. Wegen des schlechten Wetters war jedoch die Zahl der Landleute nur klein. Herr Stadtverordneter Utta forderte in kurzen, aber zu Herzen gehenden Worten die Anwesenden zur Mitarbeit und Erfüllung der Wählerpflichten auf. Während der Diskussion stellte sich heraus, daß die umliegenden Dörfer von den Wahlen noch wenig wissen, die Wählerlisten nicht nachgeprüft wurden und die Leute nicht einmal wissen, wo die Listen sich überhaupt befinden. Darauf forderte Herr Utta die Einwohner der einzelnen Dörfer auf, sich zu melden, um die Aufklärungsarbeit zu übernehmen. Es meldeten sich die Herren: Heinrich Wendland aus Praoszczewice sowie Christoph und Ferdinand Dregger aus Rozanow. Sie versprachen, ihren Leuten die Prüfung der

Liste an's Herz zu legen und dazu auch die Nachbardörfer aufzufordern.

Sonntag berief der deutsche Wahlausschuß in Brzeziny eine Wählerversammlung, welche vom Vorsitzenden des Wahlausschusses, Herrn E. Treichel eröffnet und geleitet wurde. Herr A. Bremer-Bjerg hielt eine Ansprache, in der er die Entstehung des Minderheitenblocks und seine Ziele schilderte. Unser Heimatrecht, die Muttersprache, die Schule, der Glaube, die Kirche — das sind Güter, für deren Erhaltung wir durch unsere Sejmabgeordneten zu kämpfen haben. Herr E. Treichel erwähnte dann die Versammelten, am Wahltag ihre Pflicht zu tun und wie ein Mann für die Minderheitsliste zu stimmen. Redner verlas dann den Bericht über die Verteilung der Mandate unter den Deutschen und Juden, nach dessen Anhörung dem Zentralausschuß in Lodz das vollste Vertrauen in Angelegenheit der mit den Juden erzielten Einigung ausgesprochen wurde. Es wurden dann 2 Kandidaten für die Bezirksliste (Betrkau-Brzeziny) gewählt, und zwar: Herr Mittelschullehrer A. Bremer-Bjerg und der Landmann Hermann Kozak aus Stefanow, Gemeinde Dlugie.

In welcher „glänzender“ Weise die Wahlen vorbereitet werden, davon zeugen die zwei nachstehenden Fälle, die uns schlagender sind, weil sie auf Wahrheit beruhen. In einem der Lodzger Stambulbezirke wurde als Kommissionsmitglied ein — totes bestimmt. Die Bezirkskommission forderte einmal dieses Mitglied zur Teilnahme an den Arbeiten auf, noch waren alle Bemühungen vergebens, der Tote kam nicht. Augenscheinlich war die Aufforderung nicht an die richtige Adresse gelangt!

Ein anderer Fall. Für einen Stimmbezirk wurde ein Ingenieur Gzylaw Gorzelski als Mitglied bestimmt, der in der Andzejstraße 9 wohnen sollte. Wer aber dort nicht hauste, das war das Kommissionsmitglied. Ing. Gorzelski wohnt nämlich bereits seit 2 Jahren in Warschau, wo er Leiter einer Fabrik ist. Das interessanteste an dieser Geschichte ist, daß dieser Herr wegen Ablehnung der Teilnahme an den Kommissionsarbeiten mit 200 000 Mark bestraft wurde. Wir glauben, daß die Bezirkskommission dieses nicht so leicht wird einzureißen können.

Der Innenminister sandte an die Wojewoden in Warschau, Lodz, Lublin, Kielce, Bialystok, Brzesk, Suwalki und Nowogrod sowie an den Regierungskommissar in Warschau und den Delegierten in Wilna ein Rundschreiben folgenden Inhalts:

Die zahlreichen Versammlungen während der Wahlzeit stellen den Verwaltungskörpern die bedeutende Aufgabe, auf die Sicherheit des Publikums während dieser Versammlungen zu achten und den Bürgern die Möglichkeit zu geben, von der ihnen durch die Konstitution garantierten Freiheit des Wortes Gebrauch machen zu dürfen. Bisher bestand der Grundsatz, daß die Polizei in den Verlauf der Versammlungen nicht eingreifen dürfe. In der Wahlzeit kann dieser Grundsatz nicht in ganzem Umfange aufrechterhalten werden, und zwar aus zwei Gründen: 1. wegen der Reizbarkeit, die in der Wahlzeit das öffentliche Leben ergreift; 2. wegen des Infrastretens des Dekrets vom 8. Januar 1919 über die Strafbestimmungen für die Störung der Sejmwahlen und Ausführung der Abgeordnetenpflichten.

Aus diesem Grunde bestimme ich in Uebereinstimmung mit meinem Rundschreiben vom 3. Juli 1922 folgendes: Die Anhebung von Wahlversammlungen genügt nach Möglichkeit vorzuziehen werden. Die Polizei darf eine Wahlver-

sammlung nur in Fällen, wo dies durch das Gesetz vorhergesehen ist, schließen, indem sie die Anhebung der Versammlung, die ausschließlich durch den Vorsitzenden der Versammlung und nur in besonderen Fällen durch die Polizei selbst vorzunehmen ist, als letztes Mittel zur öffentlichen Sicherheit anordnet.

In öffentlichen Versammlungen darf sich die Polizei auch weiterhin nicht einmischen. Es muß jedoch eine Grenze zwischen Opposition und Obstruktion gezogen werden. Es kommen Fälle vor, da die Opposition normale Formen annimmt und zur Obstruktion wird, d. h. wo sie sich nicht zum Ziele setzt, den Gegner zu bekämpfen, sondern die Absicht hat, durch das Verhalten den weiteren Verlauf der Versammlung unmöglich zu machen. Ein solches Verhalten, das darauf hinarbeitet, die Versammlung zu stören, darf auf keinen Fall gebuldet werden. In derartigen Fällen müssen die Obstruktionisten auf Verlangen des Vorsitzenden der Wahlversammlung entfernt und in Sinne des Art. 4 des Dekrets vom 8. Januar 1919 zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Die Entfernung der betreffenden Personen unterliegt ausschließlich der Kompetenz der Polizei, die mit der größten Vorsicht vorgehen und nur böswillige Obstruktionisten entfernen darf.

Sollten Fälle vorkommen, die durch Art. 4. des bereits erwähnten Dekrets verboten sind (Drohungen, Schlägereien usw.), so muß die Polizei aus eigener Initiative sofort eingreifen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen, die Schließung der Versammlung darf aber nur im äußersten Notfalle angeordnet werden.

Der Minister des Innern versandte an sämtliche Verwaltungsbehörden ein Rundschreiben, in dem er daran erinnert, daß die Vorschriften betreffend das Verbot des Verkaufs von Alkohol in der Zeit vom 1. bis zum 5. November, sowie vom 10. bis 12. November auf das strengste befolgt werden müssen. Für einzelne Ortschaften sowie in Ausnahmefällen können die Wojewoden und Regierungskommissare dieses Verbot auch auf einen längeren Zeitraum ausdehnen.

Der „Brzeglond Wiczojny“ berichtet, daß der „Christliche Verband der nationalen Einheit (Chrześcijanski Związek Jedności Narodowej) in einer Warschauer Bank über 1600 Millionen Mark verfügt, welche Summe von seinen Kandidaten dafür eingezahlt wurde, daß sie aufgestellt wurden.

Im 15. Stimmbezirk der Stadt Warschau wurde die Eintragung eines — 2-jährigen Kindes in die Wählerlisten festgestellt! (Als Achtung!)

Korfanty, der als Spitzenkandidat auf der Liste des Nationalen Blocks steht, befolgte auf einer Wahlversammlung in Jędrzejów in Oberschlesien eine Wahltaktik, die ein eigentümliches Schlaglicht auf diesen durch seine dunkle Machenschaften berühmten Abenteuerer wirft. Er sagte dort:

„Wie euch bekannt ist, stammt Wilsudski aus dem Osten. Im Osten aber befindet sich die Türkei, wo verschiedene Parasiten bis 20 Frauen besitzen, die sie für sich arbeiten lassen. Solch ein Parasit ist auch Wilsudski, der bereits 5 Weiber sein eigen nennt. Ähnliches will Wilsudski auch in Oberschlesien einführen, wohin er Offiziere schickt, die ebenfalls bis 5 Weiber haben.“

Meine Damen, werdet ihr zulassen, daß eure Männer 20 Frauen haben sollen? Wollt ihr für solche Parasiten arbeiten?“ Das sind die Methoden des Herrn Korfanty, der von gewissen Volkschichten durchaus zum Ministerpräsidenten erhoben werden sollte! Zum eigenen Hohn und Spott!

An die nationalen Minderheiten des polnischen Freistaates!

Die Wahlordnung zum Sejm und zum Senat benachteiligt ausnahmslos alle nationalen Minderheiten.

Durch eine bedeutende Erhöhung des Bevölkerungsquotas in den gemischten Wahlkreisen, besonders in den Ostmarken, eine Beschränkung des Rechts zur Benennung der staatlichen Listen und durch die Verteilung der staatlichen Mandate auf Grund der Zahl der erlangten Mandate, nicht jedoch der nicht verwendeten Reststimmen macht man es ihnen unmöglich, um der Stärke ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung durchzubringen. Dazu kommt noch die Praxis der Verwaltungsorgane, die das Gesetz über die Staatsbürgererschaft auszunutzen, um die Zahl der zu den nicht polnischen Nationalitäten gehörenden Wählern zu vermindern. Diese Organe scheuen vor keinen Schikanen und Gewalttätigkeiten zurück, sofern sie nur ihren Zweck erreichen, d. h. die Schwächung der Vertretung der Nationalitätsminderheiten bis zu dem Grade, daß sie nicht einmal im Stande sein sollen, den parlamentarischen Kampf um die Befriedigung der berechtigten nationalen Forderungen zu führen, damit man mit ihnen gar nicht zu rechnen braucht.

Diese Gefahr muß beseitigt werden. Alle Nationalitätsminderheiten haben das begriffen, sie haben einen Block gebildet, haben ein Wahlbündnis geschlossen, das, ihre Kräfte erhöhend, die drohenden Folgen der nachteiligen Wahlordnung vernichten kann. Sie haben alle Schwierigkeiten überwunden, auf die sie leider so einflußreiche Sejmrechte rechnete, womit sie die polnische Politik auf Verachtung und Bedrückung der nationalen Minderheiten stützen wollte. Man hatte gehofft, daß es gelingen werde, eine Teilung herbeizuführen, die gegenseitigen Abneigungen und Mißbilligungen zu verstärken, die einen gegen die anderen auszunutzen, um alle zu schwächen; aber diese Hoffnungen haben gescheitert.

Die gegen die verschiedenen Teile des Blocks geschleuderten Verleumdungen haben nichts geholfen, nichts gehalten haben die böshafsten über die Tätigkeit der Mitglieder des Blocks ausgekreuteten Gerüchte. Der Block ist zustande gekommen, mächtig, durch das gegenseitige Vertrauen seiner Mitglieder, durch das Vertrauen der Massen, stark und unzerbrechlich.

Das Bewußtsein von der Notwendigkeit des Kampfes um die Festigung des demokratischen Systems in Polen, das allein die Befriedigung der Bedürfnisse und Forderungen der Nationalitätsminderheiten sichern kann, bildet diese Kraft und Stärke des Blocks. Die allen Staatsbürgern garantierten Rechte, die Rechte der Nationalitätsminderheiten müssen möglichst bald verwirklicht werden. Jede Nationalitätsbedrückung muß beseitigt werden. Jede im Gebiete des polnischen Staates wohnende Nationalität muß die Entwicklung ihrer kulturellen und völkischen Entwicklung erlangen, die durch keine künstlichen einer juristischen oder administrativen Auslegung der Anwendung der Gesetze gehemmt wird. In dem polnischen Freistaate, in dem die ganze Bevölkerung herrschen soll, soll es weiter bedrückende noch bedrückte Nationalitäten geben.

Mit dieser Parole geht der Minderheitenblock zu den Wahlen. Er glaubt fest daran, daß er Unterstützung finden wird nicht nur unter den Massen seiner eigenen Leute. Auch die aufrichtige polnische Demokratie erkennt die ganze Gerechtigkeit seiner Forderungen und seines Kampfes an, da sie sich nicht im Lager seiner Feinde findet, da sie die Macht und das Glück Polens auf die Benachteiligung und das Mißgeschick der ihm gehörenden nichtpolnischen Leute stützen wollen.

Zum Wahlkampfe um diese Parole, um eine entsprechende Vertretung im Sejm und im Senat fordern wir alle Nationalitätsminderheiten auf: Möge niemand in den Reihen fehlen! Möge jeder wissen, daß in diesem Kampfe die Sache seiner eigenen Nationalität und aller anderen Nationalitätsminderheiten entschieden wird, ob Polen regiert werden soll nach dem Willen und den Bedürfnissen aller seiner Völkerschaften oder aber nur des herrschenden Volkes und zwar etagig und allein seiner oberen Klassen. Das Vorgehen dieses Wahlkampfes wird über Polens inneren Aufbau, über seine Regierung entscheiden. Gehet zu den Wahlen mit der Parole: Weg mit der Bedrückung der Nationalitätsminderheiten!

Möge jeder, einerlei, ob Welkrusse, ob Deutscher, ob Russe, Ukrainer oder Jude das Recht seines Volkstums in Polen haben!

Unter dieser Parole werdet ihr siegen!

Das Zentralkomitee des Blocks
der nationalen Minderheiten des
polnischen Freistaates.

Warschau, den 26. September 1922.

Was deutsche Ansiedler in Polen erleben können!

Mißhandlungen durch Polizeibeamte.

Aus dem Kreise Berend wird der Bromberger „Deutschen Rundschau“ geschrieben:

Dem Ansiedler und Gastwirt August Frih in Kobyla, Kreis Kosciierzyna (Berend), ist laut Urteilspruch vom 6. 6. 22 und 14. 7. 22 das sofortige Verlassen seiner Wirtschaft auferlegt, aber die Mitnahme sämtlichen toten und lebenden Inventars und der Erntevorräte gestattet worden. August Frih forderte von seinem Zwangsnachfolger nun die Herausgabe oder Bezahlung seines ihm gehörigen Inventars; jedoch wurde ihm beides verweigert mit der Begründung, das Urteil sei noch nicht rechtskräftig.

Darauf ging Frih in seinen Stall, nahm seine durch den Nachfolger sehr herabgetriebenen Pferde und brachte sie zu seinem Nachbar Adolf Martischinka in Pflege, dagegen seine beiden Kühe zum anderen Nachbar, dem Besitzer August Schneider. Auf dies hin benachrichtigte der Nachfolger die Pogoßker Gendarmerie. Es erschien der Gendarmeriewachtmeister und forderte von Herrn Frih die Wiederherausgabe des fortgeschafften Inventars. Als das verweigert wurde, ging der Wachtmeister auf das Gehöft des Herrn Adolf Martischinka und forderte die Herausgabe der Pferde des Herrn Frih. Martischinka verweigerte die Herausgabe mit der Begründung, daß ihm die Pferde in Pflege gegeben seien. Inzwischen erschien auch der zweite Wachtmeister aus Pogoßki sowie auch Frih mit seiner Frau.

Ihrt forderten die beiden Wachtmeister von Herrn Frih die Herausgabe der beiden Pferde. Es wurde den Beamten die Frage gestellt, wer sie beauftragt hat, die Pferde herauszufordern. Zunächst erklärten sie, danach hätten sie gar nichts zu fragen. Nach längerem Zögern erklärte der Beamte, der Nachfolger Michael Klammann dortselbst habe den Auftrag gegeben. Als dann nahm Herr und Frau Frih die beiden Pferde an sich. Die beiden Beamten beachteten Gewalt, um die Pferde zu entreißen, wobei eine Trense zerrissen wurde. Dabei stieß der Beamte den Frih mit Händen und Füßen. Frih währte den Anprall ab. In dem Moment griff der Beamte nach dem Seitengewehr mit den Worten: „Du Hund, ich stech dich tot.“

Der zweite Beamte verhinderte glücklicherweise den Gebrauch der Waffe, indem er aber betonte, wenn's doch nicht im Guten geht,

gibts heute noch Blut. Diese Worte kann Herr Ernst Klammann, dortselbst, beedigen. Darauf verließen die beiden Beamten das Gehöft des A. Martischinka.

Nach ungefähr eineinhalb bis zwei Stunden erschienen die beiden Beamten mit noch drei anderen Beamten, welche in Stary-Ryszewo stationiert sind, zwei davon waren beritten. Inzwischen wurde der Stall, darin die Pferde stationiert sind, abgeschlossen.

Die Beamten forderten von Herrn A. Martischinka die Öffnung des Stalles, was mit der Begründung, er hätte nicht die Schlüssel, verweigert wurde.

Die Beamten forderten die anwesenden Zeugen zum Verlassen des Hofes auf mit den Worten: Sämtliche Niemcen (Deutsche) runter vom Hof. Darauf erklärte der Eigentümer des Gehöfts, Martischinka: Dann müssen sämtliche Leute vom Hof; denn es waren auch Polen auf dem Gehöft, welche die Beamten mitgebracht hatten. Die Beamten erwiderten, Martischinka habe gar nichts zu reden und ritten auf ihn ein. M. war gezwungen, hinter seinen Wagen Schutz zu suchen. Darauf erschien der Knecht des Herrn Klammann mit der Axt; die Beamten gaben dem Dudzin ki dortselbst den Befehl, den Stall aufzubrechen. Dieses versuchte der Eigentümer der Pferde zu verhindern mit den Worten: Bezahlt sie mir, denn ich habe kein Geld mehr zum leben, dann könnt ihr sie nehmen. Als dann wurde Frih von drei Polizeibeamten gestochen und vom Gehöft herunter gebracht. Das Stoßen mit Fäusten wurde von den drei Beamten unterwegs fortgesetzt. Die Ehefrau des Frih wollte ihrem Manne folgen, jedoch wurde dieses von einem berittenen Beamten gewaltsam verhindert, indem das Pferd auf sie angespornt und sie bis auf die Treppe gedrängt wurde. Das Pferd wurde direkt bis auf die vier Stufen hohe Treppe getrieben, so daß die Frau ins Haus flüchtete.

Inzwischen wurde das Schloß gewaltsam zerschlagen, mit der Axt geöffnet und die darin befindlichen Pferde hinausgeführt und dem Nachfolger übergeben.

August Frih wurde von den Beamten auf der Stelle verhaftet und abgeführt.

Polnische Kulturarbeit.

Wir lesen im „Volkswillen“: Unsere Kinder, welche die Schule 2 in Bismarckhütte besuchen, brachten uns gestern die Aufforderung ihrer Klassenlehrer nach Haus, daß wir heute die Kinder in der Schule für den deutschen Unterricht anzumelden haben. Wir begaben uns auch dorthin. Als wir den Schulhof betraten, bemerkten wir schon auf dem Schulhofe und auch in dem Schülgebäude Männer und Frauen, die eigens zu dem Zwecke aufgestellt waren, um die Antragsteller zu überfallen. Die dort aufgestellten Männer beschimpften uns mit verfluchten Germanen und sagten, daß, wenn wir die Kinder in die deutsche Schule schicken würden, wir und die übrigen deutschen Eltern aus Bismarckhütte ausgetrieben würden, und zwar so schnell, daß wir die Möbel zurücklassen würden.

Nachdem wir beschimpft worden waren, trat darauf der Herr Rektor Kluge mit einem Katalog heraus. Wir begaben uns zu ihm, um den Antrag dort anzubringen. Gleich darauf traten die im Schulhof aufgestellten Männer an uns heran, umringelten uns, so daß wir vor Angst, um nicht verprügelt zu werden, den Antrag nicht stellen konnten und den Schulhof verließen. Der Rektor Kluge hat den dort aufgestellten Männern und Frauen nicht verboten, den Schulhof zu verlassen. Wir nehmen an, daß diese Personen sich

vielmehr mit seinem Einverständnis dort eingefunden hatten, und daß wir in die Falle gelockt werden sollten.

In der Kattowitzer Knabenpolschule am Freiheitsplatz scheinen merkwürdige Zustände zu bestehen. Ein hiesiger Bürger in Idete dort seinen Sohn für den deutschen Unterricht an. Die Gewährung des deutschen Unterrichts wurde dem Vater auch zugesagt. Trotzdem ist die Unterrichtssprache in der Klasse, der das Kind zugewiesen worden ist, polnisch. Fragt nun der Junge die Lehrerin etwas in deutscher Sprache, deren er sich, da er polnisch nicht versteht, bedienen muß, so wird er regelmäßig von dieser Dame geächtet. Auch für Schreibübungen auf der Schiefertafel in deutscher Schrift setzte er für den Jungen von Seiten des W. habildes eine Züchtigung ab. So werden die deutschen Kinder in den polnischen Schulen behandelt.

Im „Oberschl. Kurier“ finden wir folgenden Dialog zwischen dem Kattowitzer Gymnasialdirektor Wolf und einer deutschen Mutter, der ein großes Schlaglicht auf gewisse Zustände wirft, deren sich die deutsche Bevölkerung in Polnisch-Oberschlesien zu „erfreuen“ hat.

Die Mutter:

„Guten Tag, verzeihen Sie, Herr Direktor...“

Der Direktor:

(Ihr barsch ins Wort fallend): „Habe ich Sie gefragt? Wer sind Sie, wie heißen Sie?“

Die Mutter:

„Mein Name ist M. M.“

Der Direktor:

„Nun also, ihr Name ist polnisch, Sie sind also polnischer Nationalität, und Ihr Sohn gehört in die polnische Abteilung.“

Die Mutter:

„Herr Direktor, ich bestehe darauf, daß mein Sohn die deutsche Abteilung besucht, mein Sohn kann kein Wort polnisch!“

Der Direktor:

„Das kennen wir schon! Ihr Sohn und überhaupt die Schüler der deutschen Abteilung verstellen sich nur, sie sind halsstarrig und bockbeinig, ihr Benehmen läßt überhaupt viel zu wünschen übrig. Die deutschen Schüler sind Schweine. Sie haben einen polnischen Namen, und ihr Sohn muß daher in die polnische Abteilung.“

Die Mutter:

„Herr Direktor, welchen Namen ich trage, geht Sie gar nichts an, ich habe mein Kind jahrelang auf die deutsche Anstalt geschickt und kein deutscher Lehrer hat sich an meinen Namen gestoßen. Uebrigens haben Sie ja einen deutschen Namen und haben sicherlich früher auf deutschen Schulen Bildung genossen, davon ist allerdings wenig an Ihnen haften geblieben. Ihrem Benehmen nach zu urteilen, würden Sie sich besser zum Kuh- oder Ochsenhirten eignen, als zum Leiter einer höheren Anstalt. Wir sind bis es jetzt gewöhnt gewesen, von den Lehrern der höheren Anstalten höflich behandelt zu werden, und noch kein deutscher Lehrer hätte sich soweit vergessen, unsere Kinder als Schweine zu bezeichnen.“

Der Direktor:

(wütend): „Gehen Sie, ich habe mit deutschen Eltern überhaupt nichts zu schaffen. Hier in Polen wird nur polnisch gesprochen. Das Genfer Abkommen geht mich gar nichts an, ich stelle die Nationalität der Schüler fest.“

Bravo, werden die polnischen Chauvinisten rufen und Herrn Wolf zu ihrem Ehrenmitglied ernennen.

Wir lesen im „Volkswillen“: Vor einigen Tagen erschien eine Berichtigung des Direktor Wolf durch die offizielle polnische Telegraphenagentur (Pat), die besagte, daß Direktor Wolf die deutschen Kinder nicht Schweinhunde genannt hätte. Wie wir jedoch aus gut unterrichteter Quelle erfahren, hat Direktor Wolf gesagt: „Die deutschen Kinder sind Schweine.“ — Unsere Gewährleute stellen dem Direktor Wolf anheim, den Klageweg zu beschreiten.

Eine Leserstimme.

In die Schriftleitung unseres Blattes lief folgendes Schreiben aus Kujawien ein:

„In Nr. 39 unserer Wochenschrift lesen wir einen Aufsatz über die niederdeutsche Sprache. Ich meine die Zeit ist zu erst oder zu kurz für derlei Sachen, denn es ist Nötigeres und Wichtigeres zu schreiben. Man spricht bei uns ganz einfach: „die in Lodz müssen ja etwas schreiben damit der Bogen voll wird“. Wenn Sie uns lieber schreiben würden, was jede Partei bedeutet und was sie will, was das heißt: Demokraten, Sozialdemokraten, Sozialisten, Liberale, Freisinnige und wie sie da alle heißen mögen, wieviel Parteien es gibt und wonach jede Partei strebt. Wenn Sie mehr über diese Fragen schreiben würden, dann würden wir zu den kommenden Wahlen besser gerüstet sein. Ich schreibe das nicht aus Aerger über das Plattdeutsche, nein, es ist ja sehr gut, daß man unsre Sprache zu Ehren kommen lassen will, aber jeder Dorfbewohner kann ja hochdeutsch, und weil es in der deutschen Sprache so viel Fremdwörter gibt und diese Parteien eben alle fremde Namen haben, wäre es wünschenswert uns diese zu erklären.“

Wir Landleute streben nach Gleichberechtigung und freier Bewegung. Wir wollen auch gern unsre Pflicht und alles, was unsre Führer von uns verlangen, tun, wir bitten sie aber auch, daß sie uns dafür mehr aufklären und organisieren möchten.

Das Plattdeutsche können wir ja im Winter lesen, wenn der Kopf von den Wahlgedanken frei wird. Jetzt aber gehen viele polnische Redner herum, loben ihre Parteien und fordern uns auf, sich ihnen anzuschließen, aber trau, schau wem. Dorum bitten wir Euch, Führer, nochmals: „Aufklärung nach vorn, das Plattdeutsche kommt später nach!“ Ein Volksfreundleser. H. Kizmann, Landwirt in Biele.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir können uns nur über die Ausführungen des braven Volksfreundlesers freuen. Obwohl er nicht in allem ganz recht hat, so berührt er doch in seinem Schreiben brennende und wichtige Fragen. Recht hat er nicht, wenn er vom „Volksfreund“ verlangt, daß er nur Politisches bringen soll. Wir Deutschen Polens haben leider nicht so viel Bäter, daß wir in jedem ein einzelnes Gebiet behandeln könnten, deshalb muß der „Volksfreund“ neben Politik auch Völkisches und allgemein Bildendes bringen, und weil das Plattdeutsche zum völkischen Gut gehört, so muß es auch gepflegt werden.

Recht hat der Schreiber, wenn er sagt, daß unter den Landleuten mehr politisch-aufklärende Arbeit getrieben und mehr organisatorische Tätigkeit entwickelt werden müßte. Leider haben wir unter unserer Intelligenz zu wenig Menschen, die sich dieser schwierigen, undankbaren, ja gefährlichen Arbeit aufopfern wollen. Wir können es in diesem Falle den polnischen Parteien nicht nachmachen, in deren Dienst sich Tausende von arbeitslustigen Leuten stellen. Unsre Arbeiter im Weinberge des Volkes können wir dagegen nur an den Fingern abzählen. Und doch hat dies kleine Häuflein vom „Volksfreund“ es schon so herrlich weit gebracht, daß die breite Masse der Deutschen

sich heute schon regt und zu Denken anfängt. Das beste Zeugnis hierfür waren die Wahlen für die Synode und solche Schreiben, wie das oben angeführte.

Unsere braven Volksgenossen Kizmann und Gleichgesinnten rufen wir zu: „Glaubt nicht den fremden Agitatoren! Ihr könnt euch ja ihre Reden, ihre Programme anhören, seit aber immer dessen eingedenk, daß für uns Deutsche Polens einzig und allein der Minderheitenblock bei den kommenden Wahlen maßgebend ist. Und über diesen seit Ihr euch doch wohl nicht mehr im unklaren. Der „Volksfreund“ hat ja schon viel über ihn geschrieben. Und über die anderen politischen Parteien kommt nächstens auch etwas.“

Der Kampf mit der Trunksucht.

Der Innenminister sandte an die Wojewoden, den Delegierten der Regierung in Wilna und an die Regierungskommissare in Warschau und Lodz ein Rundschreiben folgenden Inhalts:

Ich habe in Erfahrung gebracht, daß das Rundschreiben Nr. 108 vom 31. Oktober 1921 betreffs des Ausschanks von alkoholischen Getränken an Sonn- und Feiertagen sowie an den den Sonntagen vorangehenden und folgenden Tagen nicht in gehöriger Weise befolgt wird, daß in vielen Schankwirtschaften solche Getränke weiterhin zu verbotener Stunde in Tassen und Kaffeeflammen ausgesetzt werden, und daß der Alkoholverkauf auch hinter verschlossenen Türen erfolgt. Es ist das ein Beweis dafür, daß die bestehenden Polizeiorgane ihrer Pflicht nicht gewissenhaft genug nachkommen. Aus diesem Grunde empfehle ich den Herrn Wojewoden für die ihnen untergeordneten Polizeiorgane die strenge Verfügung zu erlassen, daß die Schankwirtschaften streng zu beaufsichtigen sind und darauf zu achten ist, daß die Vorschriften des Gesetzes vom 23. April 1920 beachtet werden.

Gleichzeitig mache ich auf die Vorschriften des Art. 8 des neuen Texts des Gesetzes vom 23. April 1920 (Dz. Ust. Nr. 35, Pos. 299, von 1922 bezüglich des § 7 der Ausführungsbestimmungen vom 2. April 1922 (Dz. Ust. Nr. 51, Pos. 162) aufmerksam, wonach das zweimalige Übertreten der Vorschriften außer den vorgesehenen Strafen den Konzeptionsverlust zur Folge hat. Die Verwaltungsbehörden haben also, wenn sie eine Schankwirtschaft zum zweiten male bestrafen, unverzüglich die Finanzbehörden davon in Kenntnis zu setzen, damit diese die Bestimmung des 3. Abschnittes des Art. 8 betreffs Entziehung der Konzeption nachkommen. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß nach Art. 9 des Gesetzes den in Art. 8 erwähnten Strafen außer den Restitutionsinhabern auch alle diejenigen Personen unterliegen, die die Gesetzesvorschriften dadurch zu umgehen suchen, daß sie alkoholische Getränke in die Schankstuben mitbringen zu einer Zeit, da dies durch das Gesetz (Abschn. 5 § 7) nicht gestattet ist.

Schließlich mache ich auf die beiden letzten Abschnitte des Art. 7 aufmerksam, wonach jeder, der in betrunkenem Zustande durch sein Betragen Vergernis erregt, und jeder, der in betrunkenem Zustande sich an einem öffentlichen Ort aufhält, ohne Rücksicht auf sein Betragen der in Art. 8 des erwähnten Gesetzes vorgesehenen Strafe unterliegt. Derselben Strafe unterliegt derjenige, welcher einen anderen öffentlich betrunken gemacht hat. Außerdem kommt er für alle Schäden, die die von ihm verletzte Person in betrunkenem Zustande anderen Personen verursacht hat (Abschn. 2 und 3 § 7 der Ausführungsbestimmungen), auf.

Um der Trunksucht Schranken zu setzen, muß gegen Personen in betrunkenem oder halbtrunkenem Zustande rücksichtslos vorgegangen werden. Von Uebertretungen der oben erwähnten Gesetzesvorschriften müssen die betreffenden Behörden unverzüglich benachrichtigt werden.

Die Züchtung eines neuen Tieres.

Durch lange und konsequent betriebene Züchtungsversuche ist es in Kanada gelungen, ein neues Tier heranzuzüchten, von dem man sich für die Landwirtschaft des Landes den größten Nutzen verspricht. Diese merkwürdige Kreuzung ist der sog. Cowlo, halb Kuh und halb Büffel, ein Geschöpf, das das Klima der nördlichen Gegenden Kanadas ohne Schaden ertragen kann und zugleich die reichen Grasflächen ausnützt, die hier vorherrschen. In keinem Lande der Welt wird das Vieh von den Grasflächen so rasch fett wie in Kanada. Deshalb ist der Viehbetrieb dort sehr ausgedehnt. Das Gras wird aber immer reicher und häufiger im Norden, und die Anschaffung dieser riesigen Futterpläne war bisher nicht möglich, weil das Vieh die Kälte nicht vermag. Der englische Zoologe Thompson Seton hoffte, den Kanadiern ein wertvolles Nutztier für die nördlichen Provinzen in dem Ort zu liefern. Aber seit einigen Jahren hat man wenig mehr von diesem schiffähnlichen Geschöpf gehört, und es hat sich in den nördlichen Provinzen des „wolligen Westens“ nicht bewährt. Das imo ersehnte Idealvieh soll nunmehr wie Sir William Beach Thomas, der von einer Reise in Kanada erichtet, mitteilt, in dem Cowlo gefunden sein, dem „Kuhbüffel“, der sich für die nördlichen Gebiete vorzüglich eignet. Die neuen Tiere sind eine Kreuzung des Büffels und der englischen Hereford-Kuh, und zwar gibt es ganz verschiedene Abstammungen, „halb und halb“, Quadrone und Oktarone. Das weiße Gesicht des Hereford-Viehes ist ein Rassenmerkmal, das sich nicht ausrotten läßt; ebenso sind die gewaltigen Schultern des Büffels von der Vikonraße in den Züchtungen nicht fortzubringen. Die Kreuzung besteht also in einem weißgesichtigen Kopf mit mächtigen Schultern, das eine gute Fonne wiegt, die neuen Tiere werden in großen Zuchtfarmen gehalten, die der kanadischen Regierung gehören, und haben sich in den letzten beiden Jahren außerordentlich vermehrt. Man legt auf den Cowlo in den Kreisen der kanadischen Landwirtschaft die größten Hoffnungen und glaubt, daß mit der Ausbreitung und Einführung dieses Tieres eine Quelle des Reichtums dem Lande erschlossen sein wird.

Aus Welt und Heimat.

In Nr. 231 der „Lodzer Freie Presse“ lese ich, daß das soeben genannte „evangelische“ Wochenblatt Pastor Döfler-Konin und mich mit scharfen Angriffen und Tadel beehrt. Für mein Vorgehen und Verhalten bedarf ich keiner Vorschriften oder Vorbilder, sondern tue, was mir mein Gewissen vorschreibt. Mein Gewissen sagt mir aber, daß der Pastor der Vertrauensmann seiner Gemeinde sein soll, der sie auf allen Gebieten, nicht nur auf kirchlichem Gebiet, sondern ebenso in Schulangelegenheiten und völkischen Fragen usw. nach bestem Wissen und Gewissen beraten und ihnen dadurch behilflich sein soll, sich die teuersten Güter des Menschen, Vaterglaube und Muttersprache, zu erhalten. Wenn andere anders denken, so ist das ihre Sache, für mich aber nicht maßgebend. — Als treuer Bürger des Staates, in dem ich lebe, bin ich gerade durch diese, von dem Wochenblatt beanstandete Betätigung berührt, dem Staat zu dienen und sein Bestes nach Kräften zu fördern.
Pastor E. Behse, Belchatow.

Die kleinsten Städte in Polen. Die statistischen Zusammenstellungen der letzten Volkszählung vom Jahr 1921 ergaben, daß sich in Polen Kleinstädte befinden, die die Rechte von Städten genießen, obwohl sie nicht mehr als einige Hundert Einwohner zählen. Diesen Zusammenstellungen zufolge kann als die kleinste

Stadt in der gesamten Republik Polens Druskienniki (Kreis Grodno) gelten, die insgesamt nur 494 Einwohner zählt. Die kleinste Stadt in Großpolen (ehemals preussisches Teilgebiet) ist Kopanica (Kreis Wolfstein) mit 643 Einwohnern und in Klempol (Gaskien) Szczęrzec (Kr. Bemberg) mit 986 Einwohnern.

Sämtliche Gesuche an die Behörden sind mit einer Stempelmarke von 200 Mark zu versehen, auch wenn sie durch die Deutsche Bereinigung im Sein gehen. Etwalge Anlagen müssen mit je 50 Mark verklempelt werden. Geschlecht das nicht, so wird die Angelegenheit von den Behörden nicht erledigt, auch der Gesuchsteller davon nicht in Kenntnis gesetzt. Wir bitten, diese Bestimmungen des Stempelsteuergesetzes zu beachten und bei etwaigen Anträgen an uns außer den Portofofen auch den erforderlichen Betrag für die Stempel dem Antrage beizufügen.

Das polnische neue Metallgeld. Wie wir aus früherer Quelle erfahren, wird das polnische Metallgeld erst im Februar 1923 im Verkehr erscheinen. Gegenwärtig werden im Hauptprobleamt unter Leitung des Direktors Alexandrowicz Entwürfe und Modelle der Münzen hergestellt. Von den bisherigen Entwürfen hat einer die meiste Aussicht, ausgeführt zu werden. Nach diesem Entwurf sollen die Münzen aus zwei Metallproben geprägt werden. Auf der einen Seite werden sie eine Frauengestalt zeigen und auf der anderen einer Lorbeerkrone mit der Zahl, die den Wert der Münze bezeichnet. Geprägt werden Münzen zu 100, 50 und 20 M., wahrscheinlich aber auch solche zu 500 M. Die Münzen werden im Inlande und zum größten Teil auch aus polnischem Metall hergestellt werden. Ein Teil der im Auslande bestellten Maschinen ist bereits in Warschau eingetroffen.

Polnische Visen für Ausländer. Die hiesigen Behörden erhielten neue Vorschriften hinsichtlich der Visen für Ausländer. Die polnischen Konsulate stellen Ausländern, die nach Polen reisen, oft Visen für eine bestimmte Zeit aus, u. zw. für einen 4 oder 6 wöchigen Aufenthalt. Das Innenministerium weist darauf hin, daß es den Behörden erster Instanz gestattet ist, die Aufenthaltzeit für Ausländer zu verlängern, mit Ausnahme der für Russen und Ukrainer, über deren Aufenthaltsdauer das Innenministerium selbst entscheidet. (bip.)

Für nach Deutschland Reisende. Eine Berliner Depesche der Pola Tel.-Ag. meldet, daß bis zur endgültigen Festsetzung der Schatzmaßnahmen gegen den Zustrom von Ausländern nach Deutschland die deutsche Regierung eine strenge Grenzauflage angeordnet hat, um eine Ausfuhr von Waten in großen Mengen zu verhindern. Die Reisenden werden bei der Einreise nach Deutschland ein Verzeichnis der über die Grenze gebrachten Waren vorlegen müssen, das bei der Ausreise nachgeprüft werden wird. Wenn jemand mehr Waren ausführt, als er eingeführt hatte, wird er eine Zollgebühr in Gold entrichten müssen. Ausländer, die die Erlaubnis zum Aufenthalt im Deutschen Reich erlangen wollen, müssen nachweisen, daß sie dort eine Beschäftigung haben, andernfalls werden sie ausgewiesen. Aufenthaltsgenehmigungen werden nur ausnahmsweise erteilt werden.

Auswanderung nach Amerika. Der „Kurjer Poranny“ teilt mit, daß das polnische Außenministerium den polnischen Konsulaten in den Vereinigten Staaten die Mitteilung habe zugehen lassen, daß polnischen Auswanderern, die sich nach Amerika begeben wollen, vom 1. Oktober an keine Pässe mehr ausgestellt werden. Die Polen, bestehende Quote an Einwanderern ist bereits überschritten, so daß für den Rest des Jahres kein Pole mehr nach Amerika hineingelassen wird.

Der Himmel im Oktober. Kommt der Wintermonat oder Ghibbati, so ist es mit der Herrlichkeit des Sommers endgültig vorüber und uns umflattert die bunte Laubfärbung des immer kühler werdenden Herbstes, dessen Nächte die ersten Fröste bringen. Am 24. Oktober morgens 6 Uhr tritt die Sonne in das Zeichen des Skorpions. Ging die Sonne am letzten September punkt 6 Uhr auf, so findet am 31. Oktober der Sonnenaufgang erst 6 Uhr 55 Min. statt. Die Sonnenuntergangzeiten sind: 1. Oktober 5 Uhr 37 Min., 31. Oktober 4 Uhr 32 Min. Am 6. Oktober haben wir Vollmond, am 13. d. M. abnehmenden Mond, am 20. Neumond, am 27. Oktober zunehmenden Mond. Hinsichtlich des Planetenlaufes wäre zu bemerken: Merkur wird in der zweiten Hälfte d. M. morgens im Osten sichtbar, am Ende d. Mts. dreiviertel Stunden. Venus erreicht am 21. d. Mts. ihren größten Glanz, wird aber am Ende nahezu unsichtbar. Mars, die Dauer der Sichtbarkeit wächst noch weiter an bis auf nahezu 4 Stunden am Ende d. M. Jupiter kommt am 23. d. Mts. in Konjunktion mit der Sonne und bleibt daher noch den ganzen Monat hindurch unsichtbar. Saturn kommt am 4. d. Mts. in Konjunktion zur Sonne und wird erst nach Mitte d. Mts. auf kurze Zeit des Morgens im Osten sichtbar.

Brzeziny. Von der evangelischen Gemeinde. Am Sonntag, den 1. Oktober, feierte die evang.-luth. Gemeinde in Brzeziny das Erntedankfest, verbunden mit der Einweihung der instandgesetzten Kirche. Seit 1½ Jahren wurde an der Instandsetzung der Kirche gearbeitet. Sie bekam ein neues Ziegeldach, einen neuen Anstrich von außen und innen, die Decke wurde gewölbt und höher gehoben und der Orgelchor vergrößert. Der erweiterte Chor und die Wölbung tragen sichtlich viel zur Besserung der Resonanz bei. Sehr harmonisch klang das vom Kirchengesangsverein „Concordia“ vorgetragene Lied. Bisher hatte der Gesangschor auf dem engen, flacheren und niedrigen Chor einen ungemessen schweren Stand, denn die von ihm gut eingesübten und vorgetragenenlieder ließen jeden klangvollen Ton vermissen. Die Instandsetzung der Kirche kostete gegen 4 Millionen Mark. Die Ausgaben werden durch freiwillige Gaben gedeckt. Es werden Spenden gesammelt, um die im Kriege zerstörte Orgel durch eine neue zu ersetzen.

Bialystok. Es wird ja noch einen andern geben... In Bialystok sollte dieser Tage eine jüdische Hochzeit stattfinden. Als die junge Braut nach jüdischer Sitte bereits mehrere Stunden mit ihren Freundinnen getanzelt hatte und der Bräutigam erscheinen sollte, wartete man vergebens. Der Rabbiner hatte bis 11 Uhr abends aus. Endlich schickte der Bräutigam die Nachricht, daß er seine Braut nur dann heiraten werde, wenn sich die Schwiegereltern mit einer 50prozentigen Erhöhung der Mitgift einverstanden erklären würden. Da diese darauf nicht eingingen und die anwesenden Gäste schon nach Hause gehen wollten, erklärte einer der anwesenden jungen Männer, daß er die junge Dame auch ohne 50prozentige Erhöhung der Mitgift heiraten wolle. Die beiden wurden also getraut. Nach der Trauung erschien der Bräutigam, der sich inzwischen eines besseren besonnen hatte; er konnte mit langer Nase abziehen.

Bosen. Ein toller Gauerkreisch. In der vergangenen Woche erhielt der Besitzer des Balasttheaters Mittelstadt eine durch die Post zugestellte gerichtliche Vorladung vor das hiesige Landgericht nach dem Zimmer 43 zu seiner Vernehmung um 10½ Uhr vormittags. Der Empfänger leistete dieser Aufforderung, da die Vorladung völlig echt zu sein schien, ohne Bedenken Folge. Als er im Gebäude des Landgerichts erschien, näherte sich ihm ein Herr und fragte ihn, wohin er eigentlich wolle. Als der Befragte den Zweck seiner Anwesenheit angegeben hatte, bat ihn

der freundliche Herr um die Aushäudigung der Vorladung mit der Begründung, er werde die weitere Sache veranlassen. Er ging, ließ aber Herrn Mittelstädt vergeblich auf seine Rückkehr warten. Inzwischen erschienen in der Wohnung des Kinobesizers im Hause St. Martinstraße zwei angebliche Kriminalbeamte, erklärten der mit dem Dienstmädchen allein in der Wohnung anwesenden Frau Mittelstädt, daß ihr Ehemann unter schwerem Verdacht verhaftet worden sei. Er könne aber gegen eine Kaution von fünf Millionen Mark wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Wenn sie diese Kaution nicht zahle, werde auch sie von ihnen in Haft genommen werden. Die zum Tode erschrockene Frau wußte nicht, wie sie sich den „Kriminalbeamten“ gegenüber verhalten sollte. Diese schafften jedoch selbst sofort Rat. Sie gingen an den Schreibstisch, nahmen daraus 3 Millionen Mark in polnischem Gelde und 2000 M. deutsches Geld, ferner zwei Bankbücher von der Bank Biernian und von der Danziger Privatbank. Sodann begaben sie sich in das Nebenzimmer öffneten hier einen Schrank, entnahmen diesem eine silberne Damenhandtasche, einen goldenen Trauring, für 20 000 M. polnische Kriegsanleihe mit Talons und 3 Bankaktien. Darauf erklärten sie der Frau Mittelstädt, sie könne, wenn sie wolle, in der unten vor dem Hause haltenen Taxis zu ihrer Vernehmung nach dem Polizeipräsidium fahren, sagten ihr Lebenswohl und verschwand.

Selbstredend steht die angebliche gerichtliche Vorladung des Ehemanns und die Abplünderung der Wohnung, bei der den „Kriminalbeamten“ Gesamtwerte von 5 Millionen Mark in die Hände fielen, im innigsten Zusammenhang. Die Schwindler sind bisher unbekannt, ihre Verfolgung ist um so schwieriger, als Frau Mittelstädt infolge des jähen Schreckes nicht in der Lage ist, eine genauere Beschreibung der beiden Gauner zu geben.

Lipno. Für die freie evangelische Pfarrstelle haben sich zwei Kandidaten gemeldet: Pastor Buse aus Baltust und Pastor Paschke aus Szobecz.

Nowy Dwór. Eine Evangelisationsversammlung findet hier am 16. Oktober statt. Bisher haben sich als Teilnehmer nachstehende Pastoren gemeldet: Willenberg aus Byrdow, Buse aus Baltust, Köffler und Michels aus Warschau.

Snesen. Ein furchtbares Verbrechen wurde kürzlich durch einen Bandwirt in Marjennin aufgedeckt. Letzterer gewahrte auf dem Felde in der Nähe von Strauchern Blutspuren und fand schließlich eine Stelle frisch aufgewühlter Erde. Als er diese aufzugraben begann, entdeckte er in einer Tiefe von ungefähr 1/2 Meter ein menschliches Kate. Erschrocken lief er zu einem Polizeibeamten, dem er den Fall meldete. Dieser grub die Leiche eines Mannes aus, die eine tiefe Kopfwunde aufwies und deren Beine zusammengebunden waren. Die Leiche wurde als die eines reichen Landwirts erkannt, der erst unlängst nach Marjennin kam, wo er sich ansetzen wollte; er hieß Wladyslaw C. Goch. Bis aus der Untersuchung hervorgeht, kann die Wunde nicht den Tod verursacht haben, sondern der Verbrecher muß an irgendeinem den noch lebenden Goch vergiftet haben, nachdem er ihm die Beine zusammengebunden hatte. Den Täter soll die Polizei bereits verhaftet haben.

Die Ernte in Nord-Amerika ist in diesem Jahre sehr gut ausgefallen. Weizen, Roggen und Gerste brachten einen sehr reichen Beitrag ein. Dadurch machte sich ein allgemein jubelnder Preisrückgang bemerkbar. Einen großen Teil der Ernte will man nach Deutschland bringen. Die Obst- und Tabakernte ist ebenfalls sehr vorteilhaft ausgefallen.

Warenverkauf. Eine bekannte englische Handelsfirma kaufte dieser Tage in Lodz für eine Million poln. Mark verschiedene Weib- und Schnittwaren. Die gekauften Waren wurden nach Rumänien transportiert, wo sie zu guten Preisen rasch Absatz finden werden.

Teufelshandel. Deutschland hatte an die Regierung von Nord-Amerika 256 Millionen Dollar als Kriegskosten zu zahlen. Nach längeren Verhandlungen kam ein Uebereinkommen zustande, laut dem die Schulden nicht in Geld, sondern in Farben und Chemikalien an Nord-Amerika zu zahlen sind.

Die Ernte im Gebiet der Wojwodschaften beträgt in diesem Jahre 7 Millionen Pud, während sie vor dem Kriege annähernd 40 Millionen Pud ergab. Evident ist man bemüht, die Brache des vorigen Jahres wieder zu beackern und es soll jetzt schon 30 Prozent der vorjährigen Brache bearbeitet werden.

Politische Forderungen in Litauen. Die Polen verlangen dem „Dziennik Kowienski“ zufolge bei den Wahlen zum litauischen Sejm auf Grund der Verfassung Litauens, die eine Autonomie der nationalen Minderheiten vorsieht, wie sie bereits für die Juden gilt, einen Minister für die polnischen Angelegenheiten und einen polnischen Nationalrat für das Kirchen- und Schulwesen sowie für das gesamte kulturelle Gebiet. Die polnische Bevölkerung fordert in ihrem politischen Programm die nationale Autonomie in den heutzigen Grenzen des Staates.

Das ist alles recht schön und gut. Nur müßten die Polen derartige Forderungen logischerweise auch mit Zugeständnissen an die nationalen Minderheiten in ihrem eigenen Staate in Verbindung bringen, in dem sich jetzt die sämtlichen nationalen Minderheiten zu einem Wahlblock verbünden, um den größten Ungerechtigkeiten eines ausdrücklich gegen die Minderheiten gerichteten Wahlgesezes zum Sejm entgegenzuwirken. Auch für die Polen gilt das alte Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem anderen zu“, oder ins Positive übersetzt: „Was du selbst für deine Staatsangehörigen im Ausland erstrebst, das gib vor allen Dingen auch den Staatsangehörigen nicht-polnischer Nationalität in Polen selbst“.

Aus der Tschcho-Sowakei. An der Prager deutschen Universität waren im Sommersemester 3009 Hörer eingeschrieben, unter ihnen 2423 Angehörige der deutschen Nationalität und 192 Ausländer. 275 Frauen waren immatrikuliert.

Die deutschen Senatoren haben nach Schluß der Tagung des Senats an die deutschen Parteien den dringenden Aufruf gerichtet, an allen Orten sämtliche nationalen Vereinigungen in Ortsausschüssen zusammenzufassen, um die Grundlage für den Aufbau einer großen deutschen Volksorganisation zu bilden, die eigentlich den nationalen Abwehrkampf führen soll.

Nach den Ergebnissen der staatlichen Volkszählung beträgt die Zahl der Deutschen in Böhmen 2 173 230. Sie ist seit 1910 um 304 700 zurückgegangen, während die Zahl der Tschechen um 138 728 auf nunmehr 4 382 803 gestiegen ist. Die Zahl der Deutschen fiel also von 36,84 auf 33,04 Proz., die der Tschechen stieg von 63,11 auf 66,64 Prozent.

Weizen, das in 70 Tagen wächst und reift. In Frankreich wird augenblicklich viel von einer neuen Gattung von Weizen gesprochen, das in 70 Tagen wachsen und reifen soll. Im Nord-Departement haben bereits mehrere Versuche stattgefunden, die angeblich gelungen seien. Wenn sich dieser Weizen in Frankreich akklimatisiert, so kann man jährlich auf drei Ernten rechnen, denn der Weizen soll in jeder Jahreszeit gleich gut ausgehen.

Pflanzen als Anzeiger unterirdischer Erzlager. Das Vorkommen bestimmter Pflanzen deutet zuweilen darauf hin, daß im Erdboden gewisse Erze zu finden sind. Manche wertvollen Erzlager wurden tatsächlich nur auf Grund einer vorgehenden spezifischen Flora entdeckt. Wie der kürzlich veröffentlichte Abhandlung eines geologischen Instituts zu entnehmen ist, läßt das Auftreten einer als „blauer Garnet“ bekannten Pflanze die vorwiegend in Obergalien, Westfalen und Belgien gedeiht, immer auf das Vorhandensein von Zinkerzen schließen. In der Nähe der westfälischen Stadt Siegen sind die dort in beträchtlicher Ausdehnung vorhandenen Eisenerzlager dadurch kennbar, daß die Erdoberfläche mit Bienen behanden ist, während in der gleichen Umgebung ausschließlich Drogen und Gehen wachsen. Eine zur Art des Inoigos gehörende Staube, die amorpha canescens, weist in Michigan und Wisconsin immer

darauf hin, daß Bleiglanz, das bekannte sulfidische Bleierz, sich vorfindet, während in Missouri eine zur Gattung des giftigen Sumachs erzureichende Pflanze als Indikator für Bleierz dient. Buchen zeigen vielfach an, daß Kalksteinlager in der Nähe zu finden sind. In Spanien erweist sich ein dem Botaniker unter dem Namen convolvulus haeoides bekanntes Unkraut sehr nützlich bei der Auffindung von Phosphatvorkommen und, um noch ein weiteres markantes Beispiel anzuführen, in Montana ist das Auftreten der Pflanze erigonum ovalifolium regelmäßig an das Vorhandensein von Silbererzen geknüpft.

Billige Feringe in Aussicht. Wie dem „Berliner Tagebl.“ von der jätländischen Küste geschrieben wird, sind bei Dooberg und bei Faltring ungeheure Feringenschwärme aufgetreten, die sich in östlicher Richtung bewegen. Auch an der südlicheren Küste von Fölsing werden große Mengen gefangen. Bei Dooberg standen sie in solchalen Mengen dicht am Strande und konnten von den Küstern mit Schaufeln in die Fischereifahrzeuge geworfen werden. Es ist zu erwarten, daß die gewaltigen Feringezüge bald auch an der deutschen Nordseeküste erscheinen und dort große Fänge gemacht werden.

Millionsumfa. Bei der Ziehung am Sonnabend, den 7. Oktober, fiel der Gewinn auf Nr. 4 080 006, die nach Rzeszow verkauft wurde.

Polnische Börse.

	3. 10.	5. 10.	7. 10.
1 amer. Dollar	9020 Mk.	9180 Mk.	9450 Mk.
1 poln. Ziehung	39650	40400	41700
1 franz. Frank	387	695	721
1 deutsche Mark	4.80	4.62 1/2	4.35

Warschauer Getreidebörse. Preise per 100 Kilo: Weizen 35000, Roggen 18500, Hafer 21500, Gerste 19800, Buchweizen 19600, Heu 9600, Stroh 8600, Wintererbsen 58000.

Das deutsche Sejmmandat für Wolhynien.

Wir deutschen Bürger Polens waren uns dessen schon längst bewußt, daß unsere Volks- und Glaubensgenossen in Wolhynien sich in einer außergewöhnlich traurigen Lage befinden und besonders schwer um ihr Dasein kämpfen müssen. Der grausame Weltkrieg mit seinen schweren Folgen hat sie unbestreitbar am härtesten getroffen. Kaum waren sie aus langjähriger Verbannung aus Rußland in ihre vollkommen zerstörten Dörfer und Kolonien zurückgekehrt, so trieb sie Verzweiflung und Furcht vor der Wiederkehr der russischen Heere zum Entschluß, ihr Glück in Deutschland zu suchen. Als sie auch hier keine bleibende Stätte finden konnten, kehrten sie abermals auf verschiedenen Wegen nach Wolhynien zurück, wo sie sich bis zum heutigen Tage unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen an ihre frühere heimliche Scholle klammern.

Zu Beginn dieses Jahres bereiste Herr Sejmabgeordneter Spickermann Wolhynien und brachte eine unendlich lange Reihe von Beschwerden, Gesuchen und Bittschriften mit sich, aus denen klar zu ersehen war, daß hier außer moralischer und materieller Hilfe an erster Stelle gezielte Entscheidungen und ständige rechtliche Vertretungen helfen können. Als daher die deutsche Minderheit Polens zur Gründung des Blocks schritt, stellte sie es ihm zur Bedingung, für alle in verschiedenen Wahlkreisen abgegebenen deutschen Stimmen ein höheres Sejmmandat im Wahlkreis Luck-Oborn zu erhalten. Das wurde ihr bereits zugesichert. Die Organisation der Wahlen wurden Herrn Otto Somschor anvertraut, der, wie wir

bereits weiter erfahren, auch am 3. Oktober zum Sejmkandidaten gewählt worden ist. Es ist somit Sache der Deutschen Wolhyniens, dafür Sorge zu tragen und so zu stimmen, daß sie am 5. November ihren Kandidaten durchbringen.

Am 3. Oktober d. J. fand in Luck eine Wahlversammlung der Vertreter verschiedener deutscher Gemeinden Wolhyniens statt, auf der die Wahltechnik und die Frage der Aufstellung eines deutschen Kandidaten für den Wahlkreis Luck-Rowno besprochen wurden. Herr Otto Somschor aus Warschau eröffnete die Versammlung, worauf ein Präsidium, bestehend aus den Herren Altscher und Schmeichel aus Rożyszcze und den Herren Rosenbaum, Kleindienst sen. und Dircks — Luck gebildet wurde. Den Vorsitz führte Herr Rosenbaum. Darauf ergriff Herr Otto Somschor das Wort und führte in einer längeren Rede die Hauptpunkte der Wahltechnik aus, worauf Herr Lehrer Hassenrick sehr trefflich auf mehrere Methoden der Agitationstaktik verschiedener politischer Parteien hinwies. Ihm folgte Herr Dircks, der die Deutschen Wolhyniens zum Zusammenhalten und zur Einigkeit aufmunterte. Dann ergriff der Vorsitzende das Wort, wies auf die ungeheure Wichtigkeit der gegenwärtigen Zeit und der Versammlung hin und schlug die Kandidaten vor. Nach einer kleinen Unterbrechung wurde abgestimmt, und Herr Otto Somschor erhielt 68, Herr Dircks 28 Stimmen. Somit wurde Herr Otto Somschor aus Warschau zum Kandidaten für das deutsche Mandat im Wahlkreis Luck-Rowno aufgestellt. Ferner wurde beschlossen, daß am 1. November d. J. Vertreter aus allen deutschen Gemeinden Wolhyniens sich in Luck versammeln sollen.

Wochenschau.

Polen. Ogalizien ist eine Selbstverwaltung verliehen worden, die eine recht fragwürdige „Autonomie“ darstellt. Wer z. B. von den wahlberechtigten Bewohnern der Wojewodschaft weder zum polnischen noch zum ruthenischen Volk gehört, muß nach eigenem Ermessen entweder im polnischen oder ruthenischen Wahlkreis stimmen. Die wahlberechtigten Deutschen und Juden dürfen sich also nicht als solche bezeichnen, sondern werden gezwungen, sich entweder Polen oder Ruthenen zu nennen. — Die Wahlen zum schlesischen Landtag hatten folgendes Ergebnis: Nationaler Block 18 Sitze, Polnische Sozialistische Partei 8, Nationale Arbeitspartei 7, Polnische Volkspartei 1, Deutsche Volkspartei 4, Deutsche katholische Volkspartei 3, Deutsche Sozialisten 2 Sitze. Demnach werden die polnischen Parteien im schlesischen Landtag 34 Mandate, die Deutschen aber nur 14 Mandate innehaben.

In allen Bezirken Ogaliziens brennen seit einer Woche die polnischen Gutshöfe und Ansiedlungen der polnischen Kolonisten. Von der Regierung ist der teilweise Ausnahmezustand über das Gebiet verhängt worden.

Ein Gutachten des Rechtsausschusses beim Völkerbund über zwei vom Deutschthumsbund in Polen eingegangene Beschwerden stellt die Ungültigkeit der Kaufverträge fest, die nach Abschluß des Waffenstillstandes geschlossen wurden, erkennt aber die Gültigkeit der vor Abschluß des Waffenstillstandes geschlossenen Verträge an. Der polnischen Regierung steht das Enteignungsrecht für die ersten Bestitzer zu. Zur Erlangung des polnischen Bürgerrechts müssen die Kolonisten nachweisen können, daß ihre Eltern in Polen anässig waren.

Russland. Lenin ist wieder soweit hergestellt, daß er einen Teil der Arbeiten wieder übernehmen konnte. Aus Moskau ist die erste Partis der verbrannten Professoren nach dem Auslande abgereist. Der Transport zählt 80 Gelehrte, mit ihren Angehörigen insgesamt 84 Personen.

Die Moskauer Sowjets beschlossen, die verurteilten Sozialrevolutionäre freizugeben, wenn Deutschland die eingelernten deutschen Kommunisten an Rußland auslieferet. In erster Reihe soll der Kommunistenführer Max Högl gegen den Führer der Sozialrevolutionäre Timosejew ausgeliefert werden.

Die Bolschewiken haben in Turkestan eine neue Niederlage erlitten. Die Truppen Cawer Paschas ist es bei Samarkand gelungen, zwei bolschewistische Divisionen aufzulösen.

Litauen. Aus Rowno wird der Rücktritt des litauischen Außenministers Jurgutis und seine Ernennung zum Direktor der neu gegründeten litauischen Emissionsbank gemeldet. Die zeitweilige Leitung des Außenministeriums hat der Ministerpräsident Salwanaußlas übernommen.

Bettland. In Betland finden am 7. und 8. Oktober die Parlamentswahlen statt. Die Deutschen haben mit den Russen einen Wahlblock gebildet.

Tschechoslowakei. Der tschechische Ministerpräsident Beneš hat dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreicht. Der Präsident hat die Demission angenommen.

Deutschland. Die deutsche Regierung hat sich verpflichtet, an die Vereinigten Staaten von Nordamerika 258 Millionen Dollar für den Unterhalt der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland zu zahlen. Diese Summe soll nicht in bar, sondern in Farbstoffen gezahlt werden.

Im Saargebiet werden Vorbereitungen zu einer Volksabstimmung getroffen. Der Völkerbund hat den früheren Botschafter der schweizerischen Eidgenossenschaft Alfred Bonen zum Kommissar für die Voßarchie ernannt.

Infolge der Wirtschaftskrise ist im ganzen Lande ein Geburtenrückgang und eine Zunahme der Sterblichkeit zu verzeichnen. Besonders in Berlin ist die Geburtenziffer gegen 1918 um nahezu 40 Prozent zurückgegangen.

Italien. Während eines heftigen Sturms hat ein Blitz in das Fort Falconada, 10 Kilometer von Spezia entfernt, eingeschlagen, wobei ein Pulverlager in die Luft gesprengt wurde. Die Explosion hat im Umkreis von einigen Kilometern schreckliche Verwüstungen angerichtet. Unzählige Häuser stürzten ein. In der Umgebung von Spezia wurden die meisten Dächer abgehoben und fast alle Häuser stark beschädigt. Es explodierten 1500 Tonnen Sprengstoffe. Die Opfer der Katastrophe beziffern sich auf 150 Tote und 650 Verwundete.

Türkei. Der Sultan hat zugunsten des Thronfolgers Abdul Medshid auf den Thron verzichtet.

Die siegreichen Kemalisten wollen sich auf den Boden des Versailler Vertrages stellen und, nach berühmten Mustern, Entschädigungen, Wiederherstellungen und Garantien verlangen. Vom Völkerbund halten sie nicht viel und bezeichnen ihn als englische Agentur.

Eine Offizierskommission der verbündeten Staaten hat sich nach Rodosto, Luleburgas und Adrianopel begeben, um die Lage zu prüfen und mit den Kemalisten friedliche Verhandlungen einzuleiten. Am 2. Oktober ist zwischen den Türken und Griechen ein Waffenstillstand abgeschlossen

und am 3. Oktober die Konferenz in Mudania eröffnet worden. Die erwähnte Konferenz ist jedoch am 6. Oktober abgebrochen worden, da Ismed Pascha, entgegen den Erklärungen Kemals, den alliierten Generalen erklärte, daß er die Truppen der Verbündeten angreifen werde, falls die Alliierten auf seine Forderungen nicht eingehen sollten. Die Lage ist ernst, doch dürften die Verhandlungen in Mudania wohl fortgesetzt werden.

Griechenland König Konstantin von Griechenland hat abgedankt. Sein Sohn Prinz Georg wird als Georg II. den Thron bestiegen. Es ist fraglich, ob dadurch die Regierungskrise beigelegt wird, da eine starke republikanische Partei nach der Einführung der Republik strebt und die Rückkehr Venizelos verlangt. Der abgedankte König Konstantin, die Königin und die Prinzen Nikolaus und Andreas haben auf einem Panzerschiff Athen verlassen, um sich wahrscheinlich nach Amerika zu begeben.

Mesopotamien. Aus Konstantinopel sind Meldungen eingetroffen, wonach im nördlichen Mesopotamien ein allgemeiner Aufstand gegen die Engländer ausgebrochen ist. Dieser ist das Kriegsglück auf der Seite der Aufständischen. Die englischen Truppen im Irak sollen abgeschnitten sein. Man erwartet die Räumung Mosuls durch die Engländer.

Amerika. In New-York wurde am 2. Oktober ein Kongreß amerikanischer Bankiers eröffnet an dem über 10000 Personen aus allen Städten Nordamerikas teilnahmen. Gegenstand der Beratungen waren u. a. die Reparationsfrage und die Kriegsschulden der Entente. In der gefassten Resolution wird u. a. verlangt, daß der amerikanische Delegierte bei der Reparationskommission seine Beobachterrolle aufgeben und aktiv eingreifen soll und daß Amerika am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilnehmen möchte.

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“
m. h. S., Petrikauer Straße 15.
Leiter: Dr. E. von Behrens.

Spargelder

verzinsen wir
bei täglicher Rückzahlung mit 6%
• 6wöchentlich „ 10%
• 1/2jährlich „ 12%
• längerer Rückzahlung nach Vereinbarung

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

Polz, Alje Kosciuszki 45/47. 88

Landwirtschaftliche Maschinen

halten wir vorrätig:

Dreschmaschinen, Sämaschinen, Rogwerke, Kultivatoren, Saatreggen, Pflüge, Puhmühlen, aut. Pferdewagen, Kartoffeldämpfer, Rübenschneller, Milchzentrifugen, Kartoffelhackmaschinen, Sensen, Jaucheverteiler usw.

Manufaktur-Waren

Sämtliche Weißwaren, Baumwollwaren und Wollwaren.

Preise billig — Waren gut

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen

Polz, Alje Kosciuszki 45/47. 23

16! Am 5. November stimmt in ganz Polen für die Liste 16!